

Die Frage der Führung 16.04.2010



BERLIN/PARIS/LONDON (Eigener Bericht) - Die in der Griechenland-Krise offen zutage tretende Dominanz Berlins löst in Paris und London grundlegende Irritationen über den Euro und die EU aus. Die deutsche Weigerung, den schwächeren Staaten der Eurozone entgegenzukommen, lasse die Euro-Ökonomien auseinanderdriften und führe früher oder später zum Kollaps, urteilen britische Finanzexperten. Das Berliner Expansionsmodell werde an seinen inneren Widersprüchen scheitern. Ähnliche Einschätzungen sind in Frankreich zu hören. Dort heißt es außerdem, der Streit um Hilfen für Griechenland komme zu schon längst bestehenden deutsch-französischen Differenzen hinzu; es müsse jetzt offen über die "Frage der Führung" in der EU verhandelt werden. Deutsche Leitmedien sprechen sich abfällig für einen harten Kurs gegenüber Einwänden von "Pariser Intellektuellen" und der "Londoner City" aus. "Die Wahrheit ist", heißt es in ungewohnter Deutlichkeit: "Europa-Politik hatte immer mit der Durchsetzung nationaler Interessen zu tun - auch in Deutschland."

Neue Spielregeln

Die harte Haltung Berlins im Streit um Unterstützung für das krisengeschüttelte Griechenland trifft in weiten Teilen Europas auf Unverständnis. Dies gilt insbesondere für die Forderung der deutschen Kanzlerin, wirtschaftlich erfolglose Staaten müssten zwangsweise aus der Eurozone ausgeschlossen werden dürfen. Die Forderung "ist, offen gesagt, schockierend", urteilte der ehemalige belgische Premierminister Guy Verhofstadt.[1] Schockiert zeigten sich auch Politiker in zahlreichen weiteren Hauptstädten in der EU. Deutsche Leitmedien kommentierten den Machtanspruch, den die Bundesregierung in der Griechenland-Krise offen erkennen ließ, ungeschminkt. Es gebe jetzt "neue Spielregeln", schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung. "Unausgesprochen lautet das Motto des Berliner Handelns: Wir sind nicht in erster Linie für Europa da, sondern für das deutsche Volk. Wir wollen den Euro als stabile Währung erhalten, wer dem dauerhaft im Wege steht, der fliegt raus."[2]

Widersprüchliche Ziele

Britische Finanzkreise warnen seit geraumer Zeit vor einem Kollaps der Eurozone, sollte Berlin seine harte Haltung nicht modifizieren. Die Bundesrepublik habe immer zwei alles beherrschende strategische Ziele verfolgt, erklärt etwa der Chefkommentator für Wirtschaftsfragen der Londoner Financial Times, Martin Wolf: eine stabile Währung sowie die europäische Integration. "Der Euro verkörpert diese Ziele", schreibt Wolf; "jetzt aber sind sie miteinander in Konflikt geraten." Grund sei, dass Deutschland sein Wirtschaftsmodell für die gesamte Eurozone verbindlich machen wolle: niedrige Löhne, geringe Inlandsnachfrage, dafür aber starke Exporte und expandierende Konzerne. Dieses Modell funktioniere, weil andere Staaten - vorwiegend die westlichen und südlichen Länder der Eurozone - die Löhne weniger stark senkten und damit Nachfrage schufen. Zwangsläufig führe das dazu, dass die deutschen Exporte in die nachfrageorientierteren Länder stiegen und diese so ein immer größeres Handelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik aufwiesen. Auf Dauer würden sie in ein immer größeres Haushaltsdefizit rutschen, das wiederum die gemeinsame Währung schwäche - ganz wie im aktuellen Falle Griechenlands.[3]

In der Falle

Die Berliner Forderung, die eher nachfrageorientierten Staaten müssten ihre Wirtschaftspolitik dem deutschen Vorbild anpassen, um die Stabilität des Euro nicht zu gefährden, ergebe allerdings keinen Sinn, schreibt Wolf weiter. Eine sinkende Nachfrage in den westlichen und südlichen Ländern der Eurozone schwäche allenfalls die deutschen Exporte, schaffe aber keine neuen Absatzchancen für die Unternehmen der betroffenen Staaten. Das werde die Krise möglicherweise sogar verschärfen. "Deutschland ist in einer Falle, die es selbst konstruiert hat", urteilt Wolf.[4] Dabei sei die aktuelle Griechenland-Krise nur ein Symptom eines übergeordneten Dilemmas, nämlich der beschriebenen Divergenzen zwischen export- und nachfrageorientierten Nationalökonomien in der Eurozone. Das unausgesprochene Fazit: Ist Berlin nicht bereit, sein Wirtschaftsmodell zu modifizieren, droht dem Euro der Kollaps.[5]

Wirtschaftsmacht

Französische Beobachter schließen sich der britischen Skepsis bezüglich des Euro an, stellen jedoch viel weiter reichende Divergenzen zwischen Paris und Berlin fest. Eine umfassende Analyse hat vor wenigen Tagen Jacques-Pierre Gougeon, Forschungsdirektor des Think-Tanks "Institut de relations internationales et stratégiques" in Paris, in der führenden französischen Tageszeitung "Le Monde" vorgelegt. Gougeon führt detailliert aus, dass Deutschland seine wirtschaftliche Position gegenüber Frankreich in den letzten Jahren systematisch verbessert hat. So seien etwa die Arbeitskosten in Deutschland seit dem Jahr 2000 um 1,3 Prozent zurückgegangen, in Frankreich aber um 17 Prozent gestiegen; damit seien frühere französische Produktionsvorteile hinfällig. Die deutsche Industrie erwirtschaftete 26 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die französische hingegen nur 14 Prozent. Der Anteil der deutschen Exporte in der Eurozone sei von 25 Prozent im Jahr 2000 auf 28 im Jahr 2009 gestiegen, während der französische Anteil im gleichen Zeitraum von 16 auf 13 Prozent fiel. Sogar bei den Agrarausfuhren habe die Bundesrepublik mittlerweile Frankreich überholt. Alles in allem habe Deutschland im letzten Jahr einen Außenhandelsüberschuss von 135 Milliarden Euro erzielt, während Frankreich ein Handelsdefizit von 43 Milliarden Euro verzeichne. Dies sei das Resultat, das Berlin mit seiner exportorientierten Niedriglohnpolitik erzielt habe.[6]

(Nicht-)Gleichgewicht

Die neue ökonomische Stärke Berlins geht Gougeon zufolge mit einer neuen Berliner Machtpolitik einher. Insbesondere die starke deutsche Orientierung nach Russland sorgt in Paris für Unruhe. Die deutsche Industrie wolle "die riesige Modernisierung von Kaliningrad bis Wladiwostok" nutzen, ist in einem Zeitungsbeitrag des prominenten Philosophen André Glucksmann zu lesen; die Zeit enger deutsch-französischer Bindungen sei vorbei: "Adieu Paris, bonjour Moskau".[7] Gougeon verweist auf weitere Differenzen in der Afrikapolitik oder der Politik gegenüber den USA - und darauf, dass in Europa ohne Deutschland "nichts mehr verwirklicht werden kann". Deutschland scheine "immer weniger bereit, Kompromisse zu schließen, wenn es seinen nationalen Interessen nicht entspricht." Größere Kräfteverschiebungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik habe es im letzten Jahrhundert immer wieder gegeben; seit der Kanzlerschaft Gerhard Schröders werde die Rivalität jedoch härter ausgetragen. Es drehe sich nun "um den Platz des neuen Deutschlands in Europa und um die (Nicht-)Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts" zwischen den beiden großen europäischen Mächten, urteilt Gougeon: Man müsse daher "die Frage der Führung" in Europa thematisieren.[8]

Nationale Interessen

Deutsche Leitmedien reagieren abfällig auf die britischen und französischen Einwände. "Da gibt es die Pariser Intellektuellen, die sich zuletzt über den Niedergang Frankreichs stritten, jetzt aber ihr Lieblingssujet neu entdecken", polemisiert die Frankfurter Allgemeine Zeitung: "Das Europa, das wir kannten, sei am Ende, weil Berlin sich von Paris ab- und Moskau zuwende". Aber "auch die Londoner City" läute, "eigene Interessen im Blick, das Todesglöcklein": Ein "Finanzkolumnist" weise "ein um das andere Mal nach, dass die Eurozone am Ende sei, weil Kanzlerin Merkel in der Griechenland-Krise eine Lösung diktiert habe, der zufolge ganz Europa am Vorbild des deutschen Wirtschaftsmodells genesen solle".[9] Die Frankfurter Allgemeine rät, die Einwände nicht allzu ernst zu nehmen. "Die Wahrheit ist: Europa-Politik hatte immer mit der Durchsetzung nationaler Interessen zu tun - auch in Deutschland." Zwischen Bonn, später Berlin und Paris habe es schon häufig "kräftig gekracht" - ohne Folgen für den stetigen deutschen Machtgewinn: "Man wird sich auch dieses Mal wieder zusammenraufen."

Weitere Informationen zum Streit um die deutsche Exportorientierung finden Sie hier: [Das Ende der Souveränität \(II\)](#) , [Vor dem Sturm](#) , [Das Ende der Souveränität \(III\)](#) , [Germanische Strenge](#) , [Ein Tabubruch](#) und [Sparen für Deutschland](#) .

[1] Merkels Ultima Ratio: Rauswurf aus Euro-Zone; www.euractiv.de 18.03.2010

[2] Neue Spielregeln; Frankfurter Allgemeine Zeitung 24.03.2010

[3], [4] Martin Wolf: Germany's eurozone crisis nightmare; www.ft.com 09.03.2010. Derselbe Text ist in französischer Sprache in der Tageszeitung Le Monde erschienen: Cauchemar à Berlin, par Martin Wolf; www.lemonde.fr 16.03.2010

[5] Martin Wolf: Why Germany cannot be a model for the eurozone; www.ft.com 30.03.2010

[6] Non-dit franco-allemand, par Jacques-Pierre Gougeon; www.lemonde.fr 05.04.2010

[7] Le baptême d'une Europe germano-russe; www.lefigaro.fr 12.04.2010. S. auch [Eine Frage der Orientierung](#)

[8] Non-dit franco-allemand, par Jacques-Pierre Gougeon; www.lemonde.fr 05.04.2010

[9] Aufregungswellen; Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.04.2010

info@german-foreign-policy.com